Hallesche Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen für Anhalt und Thüringen.

Jahrgang 213 — 1920 Nr. 245

Bezugspreis: für hiesige und auswärtige Bezieher monatlich Mk. 6.00, vierteljährlich Mk. 18.00 frei Haus. Durch die Post bezogen zuzüglich postal. Bestellgeld.

Morgen-Ausgabe — Sonnabend, 12. Juni

Anzeigenpreis: Die 8gesp. 54 mm breite mm-Grundzeile 60 ₰. Die 3gesp. 90 mm breite mm-Reklamezeile 3.00 ℳ. Rabatt nach Tarif. Erfüllungsort Halle-Saale.

Geschäftsstelle Halle-Saale: Leipziger Straße 61/62. Fernruf Zentrale 7801, abends von 7 Uhr an Redaktion 5609 und 5610. — Postscheckkonto: Leipzig 20512.

Geschäftsstelle Berlin: Bernburger Str. 30. Fernruf Amt Kurfürst Nr. 6299. Eigene Berliner Schriftleitung. — Verlag und Druck von Otto Thiele, Halle-Saale

Neueste Tagesnachrichten

* Der preußische Verfassungsausschuß nimmt unbeirrt durch die politische Lage seine Beratungen am Dienstag auf.

* Die Reichsschulkonferenz wurde gestern vormittag im großen Sitzungssaal des Reichstagsgebäudes vom Reichsminister des Innern Koch mit einer Ansprache eröffnet.

* Die Wahl der neuen Braunschweigischen Landesregierung ist wegen abermaliger Beschlußunfähigkeit der Landesversammlung auf den 15. Juni vertagt.

* Für den 2. Juli ist eine Zusammenkunft zwischen Lloyd George und Millerand in Brüssel als Vorbereitung für die Konferenz in Spa vereinbart worden.

* Giolitti ist offiziell mit der Kabinettsbildung beauftragt worden.

Die Unabhängigen lehnen ab

h. **Berlin**, 11. Juni.

Der Schritt des Reichskanzlers, die Unabhängigen zum Eintritt in das Kabinett zu bewegen, ist ergebnislos verlaufen. Es heißt, die Unabhängigen hätten jede Beteiligung an der Regierungsbildung abgelehnt und dafür eine lange und ausführliche Begründung abgegeben, in der gesagt wird, daß die Politik der bisherigen Mehrheit gezeigt hat, daß eine fruchtbringende Sozialpolitik mit bürgerlichen Parteien nicht möglich sei. Außerdem kann die Unabhängige sozialdemokratische Partei in eine Regierung, der bürgerliche Parteien angehören, nicht eintreten.

*

h. **Berlin**, 11. Juni.

Die heutigen Besprechungen des Vorsitzenden der Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei, Dr. Hinze, in der Reichskanzlei trugen rein informatorischen Charakter. Im Anschluß daran traten maßgebende Führer der Deutschen Volkspartei zusammen, um die Stellungnahme der Deutschen Volkspartei zu der Frage der Koalition zu erörtern.

Nach der Reichsverfassung steht dem Präsidenten der Nationalversammlung das Recht zu, auch den neuen Reichstag einzuberufen. Präsident Fehrenbach, der erst Freitag vormittag wieder in Berlin eingetroffen ist, beabsichtigt, wie er einem Vertreter des „Lok.-Anz." mitteilte, das Parlament am 24. Juni in Berlin zusammentreten zu lassen. Aus den Worten des Präsidenten schließt die Hoffnung, daß bis dahin die Krisis überwunden ist und man in maßgebenden politischen Kreisen damit rechnet, daß sich am 24. Juni das neue Kabinett dem Reichstage vorstellen kann.

Die Unterbringung der 460 und mehr Reichstagsabgeordneten im Plenarsaal des Reichstagsgebäudes erschien als eine technisch schwierige Frage. Wie Geheimrat Jungheim, der Direktor des Reichstages, aber ausführte, ist sie keineswegs schwer zu lösen. Bereits im vorigen Jahre wurde die Platzzahl von 397 auf 444 erhöht, indem man den breiten Mittelgang beseitigte, der sich von der äußersten Linken bis zur äußersten Rechten hinzog. Es wird auch jetzt nicht ernstlich schwer fallen, die noch fehlenden Plätze in irgend einer Weise zu beschaffen. Außerdem ist damit zu rechnen, daß bei einer so stattlichen Anzahl von Mitgliedern des Hauses niemals alle Abgeordneten zu gleicher Zeit im Saale anwesend sein werden.

Rücktritt der österreichischen Regierung

w. **Wien**, 11. Juni.

Der Staatskanzler Dr. Renner überreichte heute mittag dem Präsidenten Seitz das Rücktrittsgesuch des gesamten Kabinetts. Der Präsident nahm es entgegen und beauftragte die scheidende Regierung unter Vorsitz des bisherigen Staatskanzlers Dr. Renner mit der einstweiligen Fortführung der Geschäfte.

b. **Wien**, 10. Juni.

Die „Sozialdemokratische Correspondenz" veröffentlicht folgendes Kommuniqué:

Die Verhandlungen zwischen den Koalitionsparteien über die Vermögensabgabe führten bisher zu keinem Abschluß. Auch bei den Verhandlungen der Regierung über die Verfassungsreform war es bisher nicht möglich, die schroffen Meinungsverschiedenheiten zu überbrücken. Die Organisation der bewaffneten Heimwehren durch führende Männer der Christlichsozialen Partei in Tirol und Salzburg hat die Gegensätze überaus verschärft. Außerhalb der Nationalversammlung erheben die christlichsozialen Parteiführer gegen die Regierung, an der die Christlichsoziale Partei teilnimmt, Tag für Tag die schwersten und unsachlichsten Vorwürfe. Die aus diesen Ursachen entstandene Krise der Koalition wurde durch die Vorgänge in der heutigen Sitzung der Nationalversammlung wesentlich verschärft. Eine christlichsoziale großdeutsche Koalition ist gegen den Staatssekretär für Heerwesen aufgetreten und hat die unannehmbare Forderung gestellt, daß der Erlaß über die Vertrauensmänner der Soldaten zurückgezogen werde. Der christlichsoziale Parteiführer Kunschak hat nicht nur den Staatssekretär für Heerwesen gröblich beleidigt, sondern auch offen mit der Kündigung der Koalition gedroht. Diese Drohung ist von allen Parteien mit demonstrativem Beifall aufgenommen worden. Angesichts dieser Umstände haben der Staatskanzler Renner und die sozialdemokratischen Staatssekretäre und Unterstaatssekretäre den Verband der sozialdemokratischen Abgeordneten um Ermächtigung ersucht, zu demissionieren. Der Verband hat diese Absicht zur Kenntnis genommen.

Wer die Leitung der deutsch-österreichischen Geschicke neuerdings in die Hand bekommt, das dürfte sich, wie der „Lok.-Anz." von der Berliner österreichischen Vertretung erfährt, sehr bald entscheiden. Heute findet in Wien ein Kabinettsrat statt, der die Entwicklung der Dinge beschleunigen dürfte. Es ist als ziemlich sicher anzunehmen, daß die Koalition in etwas geänderter Form wieder zustandekommt. Von besonderem Interesse sind die Vermutungen, die sich an den Namen Otto Bauer knüpfen. Man spricht davon, daß er in irgend einer Funktion wieder in das Kabinett als sozialdemokratischer Staatssekretär eintritt, natürlich nur, falls die Koalition wieder zusammengeleimt wird. Für den Posten eines Außenministers scheint er nicht in Betracht zu kommen, weil seine Haltung in der Anschlußfrage der Entente nicht genehm ist. Es ist nicht ausgeschlossen, daß er dazu ausersehen ist, Nachfolger des Staatskanzlers Renner zu werden. Es herrscht in Wien anscheinend Ruhe. Doch ist in der Arbeiterschaft eine gewisse Gärung unverkennbar.

Deutschland wird nicht unterschreiben

da. **Kopenhagen**, 11. Juni.

Der Berliner Korrespondent der „Politiken" meldet seinem Blatt, daß Deutschland nicht geneigt sei, das Schlußprotokoll über Schleswig in seiner jetzigen Gestalt zu unterschreiben. Die deutsche Regierung habe sofort nach Empfang des Entwurfs eine Verlängerung des Zehntagetermins um mindestens 10 weitere Tage verlangt, da es unmöglich sei, im Laufe von 10 Tagen die umfassenden Verhandlungen zu Ende zu bringen, die nötig seien. Auch die neue Regierung, die demnächst kommen werde, würde sich auf keinen anderen Standpunkt stellen. Ein hervorragendes Mitglied einer Partei, die sicher in der neuen Regierung vertreten sein werde, erklärte dem Berichterstatter der „Politiken" im Hinblick auf den dänisch-deutschen Grenzvertrag: „Warum sollen wir unterschreiben! Sie müssen daran denken, daß unsere Stellung jetzt eine ganz andere ist als in Versailles."

Neue polnische „Siegesmeldungen"

w. **Kopenhagen**, 11. Juni.

Nach einem Telegramm aus Warschau besagt der polnische Generalstabsbericht: Zwischen der Düna und der oberen Berezina hat die polnische Gegenoffensive in schweren Kämpfen den Widerstand des Feindes gebrochen. Es kam zu einer Ausgleichung der Front, so daß die Kämpfe jetzt wieder in dem Gebiet sich abspielen, von wo die bolschewistische Offensive ihren Ausgangspunkt genommen hat. In den letzten Kämpfen hatte der Feind bedeutende Verluste. Die 12., 18. und 55. bolschewistische Division sind vollständig aufgelöst. An der Düna versuchte der Feind Widerstand in offenen, stark eingemauerten Stellungen, die vom Kriege herstammen. Beim Brückenkopf Kiew jenseits des Dnjepr sprengten polnische Abteilungen die dort vereinigten bolschewistischen Streitkräfte auseinander, machten eine Anzahl Gefangene und erbeuteten Maschinengewehre und 2 schwere Geschütze. Zwischen Dnjepr und Drjestr machten die polnisch-ukrainischen Truppen bedeutende Fortschritte. Ukrainische Abteilungen haben die Stadt Human besetzt.

Der schwedisch-finnische Konflikt

b. **Stockholm**, 11. Juni.

Auf das Ersuchen der schwedischen Regierung an Finnland, wegen der Verhaftung der Ålander Aufklärung zu geben, antwortete die finnische Regierung in einer Note, in der sie die Gründe ihres Verhaltens darlegt, im übrigen aber die ganze Frage als innere Angelegenheit erklärt. In ihrer Antwort auf diese Note erinnert die schwedische Regierung daran, daß Finnland selbst seine staatliche Unabhängigkeit der Anwendung des Grundsatzes des Selbstbestimmungsrechts zu verdanken habe, ja, daß Finnland in der Frage der Vereinigung von Fiber-Karelien mit Finnland sich ausdrücklich von neuem auf diesen Grundsatz berufen habe, ähnlich wie Schweden Abgeordnete dieser Landesteile empfangen und deren Wünsche bei den Großmächten mit allen Kräften vertreten habe. Maßnahmen, wie die gegen die Ålander getroffenen, müßten im schwedischen Volke eine Stimmung hervorrufen, die tiefgehende und unheilvolle Rückwirkungen auf das Verhältnis zwischen den beiden Ländern ausüben werden. Die gesamte schwedische öffentliche Meinung betrachte die vorgenommenen Verhaftungen als eine Kränkung unveräußerlicher Rechte.

Die neue preußische Verfassung

Von Dr. von Kries,
Vizepräsident der preußischen Landesversammlung.

III.

Einer Sonderregelung unterliegen in dem Entwurf der preußischen Verfassung gewisse Finanzangelegenheiten. Die Bewilligungsfreudigkeit der verfassunggebenden Landesversammlung hat in den Kreisen der Mehrheitsparteien Bedenken darüber ausgelöst, ob eine geordnete Finanzverwaltung sich auf dem souveränen Volkshause allein aufbauen lassen würde und ob es nicht unerläßlich sei, über Modifizierung des Einkommensystems, das man grundsätzlich nicht preisgeben wollte, wenigstens für Finanzangelegenheiten ein retardierendes Moment in die Verfassung einzubauen. So ist denn als recht kümmerliches Ergebnis langer Kompromißverhandlungen zwischen den Mehrheitsparteien der Finanzrat hereingekommen. Dem Finanzrat, dessen Mitglieder das 35. Lebensjahr vollendet haben müssen, sollen die gemäß Art. 63 der Reichsverfassung von den Provinzialverwaltungen zu bestellenden preußischen Mitglieder des Reichsrats (zurzeit 11) und ebenso viele andere Mitglieder angehören, von denen 4 kraft ihres Amtes berufen werden, so die Präsidenten der Staatsbank, der Staatsschuldenverwaltung und der Zentralgenossenschaftskasse, die übrigen, zurzeit also 7, vom Landtag zu wählen sind. Landtagsabgeordnete scheiden mit Annahme der Wahl aus dem Landtag aus. Die Wahl erfolgt auf 6 Jahre mit der Maßgabe, daß alle 2 Jahre ein Drittel der Gewählten ausscheidet. Die Wiederwahl ist zulässig.

Die Zuständigkeit des Finanzrates ist nach § 56 des Entwurfes nur eine sehr beschränkte. Seine Zustimmung ist einzuholen, wenn der Landtag Ausgaben beschließen will, die über den von der Staatsregierung vorgeschlagenen oder bewilligten Betrag hinausgehen, für neue Steuern, für die Aufnahmen von Anleihen und Uebernahmen von Bürgschaften und endlich für Ausgaben, für die noch keine Deckung vorhanden ist oder für die die Deckung durch Anleihen erfolgen soll. Erhebt der Finanzrat in einem dieser Fälle Widerspruch gegen einen Beschluß des Landtages, so ist erneute Beschlußfassung des Landtages herbeizuführen. Beschließt der Landtag mit Zweidrittelmehrheit an seinem früheren Beschlusse festzuhalten, so hat es bei letzterem sein Bewenden, sofern die Staatsregierung nicht zur Auflösung des Landtages schreitet (§ 57).

Der Finanzrat ist in Zusammensetzung und Zuständigkeit ein offenbares Verlegenheitsprodukt. Man sah die Gefahren des Einkommensystems, man wollte sich vor den schlimmsten Folgen wenigstens schützen, und man wagte nicht, den einzig richtigen Weg zu beschreiten: den Weg des Ueberganges zum Zweikammersystem.

Fast alle Kulturstaaten, soweit sie zur parlamentarischen Regierungsform übergegangen sind, haben das Zweikammersystem: auch Polen und die Tschecho-Slowakei wollen das Zweikammersystem annehmen. Nur revolutionäre Strömungen können das Zweikammersystem nicht ertragen. So haben sich die Revolutionen Englands und Frankreichs unter dem Einkammersystem abgespielt, aber beide Staaten sind, als wieder ruhigere Zeiten eingekehrt waren, zum Zweikammersystem übergegangen. Der innere Grund dieser Erscheinung liegt darin, daß die Abhängigkeit der aus den allgemeinen Wahlen hervorgehenden Volkskammer von den wechselnden Stimmungen der öffentlichen Meinung zu einer für die Freiheit des einzelnen Staatsbürgers unerträglichen Willkürherrschaft führen kann, wenn jeder Sprung der öffentlichen Meinung sich in der Volkskammer alsbald in den Staatswillen umsetzt. Das Zweikammersystem soll dem vorbeugen, indem es der Souveränität der öffentlichen Meinung gewisse Schranken setzt. Es soll nicht allein durch mehrfache Beratung und Beschlußfassung über dieselbe Angelegenheit Ueberstürzungen verhüten und als Hemmschuh gegen allzu schnelles Fahren auf abschüssiger Bahn wirken, sondern es soll der Kammer der öffentlichen Meinung in der anderen Kammer ein anderes Lebensprinzip gegenüberstellen, was natürlich nur zu erreichen ist, wenn diese andere Kammer — mag man sie nun Senat, Staatsrat oder sonstwie nennen — nicht aus allgemeinen Wahlen hervorgeht. Für Zreußen kommen bei der Bildung eines Staatsrates — dies scheint der Name zu sein, der in der Landesversammlung noch am ersten Gnade finden wird — das berufständische oder das kommunalständische Prinzip oder eine Verbindung beider in Frage.

Ein berufständisch organisierter Staatsrat, in dem die besonderen kulturellen und wirtschaftlichen Eigenarten Preußen kommen bei der Bildung eines Staatsrates — schiedenen Landesteile zu Worte kommen, wird die Erfüllung aller konservativer Bestrebungen bedeuten. Aber so verlockend es wäre, dieses Ziel anzustreben, so will es mir nach Lage der Verhältnisse doch geboten erscheinen, auch den landsmannschaftlichen Interessen der einzelnen Provinzen eine Vertretung im Staatsrat zu sichern, und der Staatsrat, der in seiner Gesamtmitgliederzahl höchstens die Hälfte der Mitglieder des Landtages erreichen darf, etwa zu zwei Dritteln berufständisch, zu einem Drittel provinzialständisch zusammenzusetzen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192006121-10/fragment/page=0001

Die Zuständigkeit des Staatsrates dürfte natürlich nicht auf das finanzielle Gebiet beschränkt werden, sondern wäre auf das gesamte Gebiet der Gesetzgebung zu erstrecken, wobei gewisse Vorrechte der Volkskammer beim Etat und bei Finanzgesetzen, ähnlich wie sie schon früher bestanden, gewährt werden könnten. Bei Meinungsverschiedenheiten zwischen Landtag und Staatsrat wäre, soweit die Angelegenheit nicht auf sich beruhen kann, der Volksentscheid herbeizuführen.

Der Staatsrat, den der Abgeordnete Dr. Preuß vorschlägt, ist anderer Natur. Er soll das, was im Reiche der Reichsrat ist, für Preußen sein: eine Vertretung der Provinzen beim Gesamtstaate. Dieser Vorschlag geht folgerichtig den Weg weiter, den die Reichsgesetzgebung in den Artikeln 18 und 63 der Reichsverfassung beschritten hat, und gibt zugleich, indem er den Staatsrat auf die Berufung der Minister und die Auflösung des Landtages übertragen will, geschickter als der Regierungsentwurf Mittel und Wege an die Hand, wie man den preußischen Landespräsidenten allenfalls in Wegfall bringen kann.

Wer Preußens Mission für endgültig erfüllt hält, mag diesen Vorschlag annehmen, der mit mathematischer Sicherheit zur beschleunigten Auflösung Preußens führen muß. Wer aber glaubt, daß Preußen, und zwar gleichviel, ob man am Ende der Entwicklung des Einheitsstaates Deutschland steht oder nicht, auch jetzt noch große Aufgaben zu erfüllen hat bei dem Wiederaufbau unseres deutschen Vaterlandes, wer glaubt, daß der Preußengeist und die alten preußischen Tugenden Ordnung, Disziplin und Sparsamkeit allein imstande sein werden, die Wiederaufrichtung Deutschlands nach seinem tiefen Fall zu ermöglichen, der muß den Vorschlag des Abgeordneten Dr. Preuß grundsätzlich ablehnen und einen Staatsrat für Preußen anstreben, der neben dem Parlament der allgemeinen Wahlen als zweiter Faktor der Gesetzgebung arbeitet und zum Besten des Vaterlandes als die verschiedenartigen wirtschaftlichen und landsmannschaftlichen Interessen zu Worte kommen läßt, die in dem Parlament der allgemeinen Wahlen gegenüber den dort in erster Linie maßgebenden parlamentarisch-taktischen Erwägungen vielfach nicht ausreichend zur Geltung kommen werden.

„Gefahren der Deutschen Volkspartei"

Das Organ der Deutschen Volkspartei, die „Allgemeine Zeitung" in Halle, beschäftigt sich in ihrer gestrigen Ausgabe mit dem Inserat der Deutschnationalen Volkspartei, welches kurz vor den Wahlen in der „Hallescheen Zeitung" erschienen war und die Ueberschrift „Gefahren der Deutschen Volkspartei" trug. Aus der Polemik des volksparteilichen Organs gegen die in diesem Inserat enthaltenen Ausführungen sowie gegen das Inserat selbst heben wir folgendes hervor:

In dem Inserat wurde als die eine der der Deutschen Volkspartei drohenden Gefahren die Tatsache bezeichnet, daß in den letzten Monaten zahlreiche namhafte und einflußreiche Vertreter des Judentums ihren Anschluß an die Deutsche Volkspartei vollzogen haben. Hierzu bemerkt das volksparteiliche Organ, daß die Deutsche Volkspartei „den Einfluß des Judentums auf ihre Politik zum mindesten ebenso scharf überwachen wird", wie die Deutschnationale Volkspartei „es von sich behauptet". „Worin sich die Parteien in dieser Beziehung scheiden, das dürften in erster Linie taktische, mithin graduelle, aber nicht generelle Unterschiede sein, insofern, als die Volkspartei darauf hält, auch die Abwehr des jüdischen Einflusses in Formen zu führen, denen nach gewisser Richtung Grenzen gezogen sind." Die in diesem Satz enthaltene Unterstellung und Verhältnisse besonders zurückzuweisen, erübrigt sich, da sie sich von selbst richten. Es genügt, unsere Leser darauf hingewiesen zu haben. Sachlich bemerkt das Blatt zu diesem Punkte, daß Stresemann nicht jüdisch verheiratet sei, und daß auch in der Deutschnationalen Volkspartei verschiedentlich jüdischer Einfluß sich zeige, daß beispielsweise im Vorstande des Landesverbandes Schlesien „allein acht jüdische Herren" säßen. Das erste wird die Oeffentlichkeit zweifellos als Neuigkeit erfahren, das zweite aber ist freie Erfindung.

Als zweite Gefahr der Deutschen Volkspartei war in dem Inserat deren Stellung als „Mittelpartei" bezeichnet. Hiergegen weiß das volksparteiliche Organ an Tatsächlichem nichts zu sagen, nicht einmal, wie vorhin, die Versicherung abzugeben, daß die Deutsche Volkspartei schon keine „Mittelpartei" werden werde. Dagegen zerbricht es sich den Kopf über die Zukunft der Deutschnationalen Volkspartei und meint, daß diese in eine konservative und eine liberale Partei in demselben Augenblick auseinanderfallen werde, „in dem die Deutschnationalen eine konsequente Parteibildung durchführen." Der Leser wird hieraus gewiß mit nicht geringem Erstaunen vernehmen, daß die Deutschnationale Volkspartei noch keine „konsequente Parteibildung" besitzt. Hoffentlich bekommt das volksparteiliche Organ nun nicht noch schlaflose Nächte darüber, in welche aristotelische Kategorie politischer Gebilde denn die Organisation einzureihen ist, welche der deutschnationale Gedanke sich bereits gegeben hat. Es scheint vielerorts mit Unbehagen bemerkt zu werden, daß sich in der Deutschnationalen Volkspartei Angehörige sehr verschiedener früherer politischer Parteien vereinigt haben, die sich alle durch das nationale Band zusammengeschlossen fühlen, wodurch diese Partei nicht mit Unrecht den Ruf einer vaterländischen Sammelpartei erhalten hat, was ihre Werbekraft naturgemäß außerordentlich stärken mußte.

Die Polemik der „Allgemeinen Zeitung" richtet sich aber besonders gegen das späte Erscheinen des Inserates, das der Deutschen Volkspartei nicht mehr ermöglicht hätte, noch vor den Wahltage dazu Stellung zu nehmen. Die Unzufriedenheit, die hierin zum Ausdruck kommt, kann wohl kaum ernst genommen werden, denn die Deutschnationale Volkspartei ist doch unmöglich verpflichtet, der Volkspartei vorher anzuzeigen, daß ein Angriff auf sie erfolgen werde, damit diese dann sich rechtzeitig das Abwehrmaterial beschaffen kann — vielleicht auch noch mit Hilfe der Deutschnationalen Volkspartei? Eine solche Erwartung der Deutschen Volkspartei mußte von dem Augenblick an absurd wirken, in welchem diese Partei es ablehnte, zum Falle des Delitzscher Flugblattes eine öffentliche Erklärung abzugeben, welche die vorher bestandene Situation allein wieder herzustellen geeignet gewesen wäre. Nachdem von seitzen der Deutschen Volkspartei so das burgfriedliche Verhältnis gestört worden war — es wird uns mitgeteilt, daß der Generalsekretär der Deutschen Volkspartei in Halle selbst der Verfasser jenes verletzenden Flugblattes gewesen ist — mußte diese der Deutschnationalen Volkspartei es schon überlassen, selber den Ort und Zeitpunkt der Entgegnung zu bestimmen. Wenn das volksparteiliche Organ die Veröffentlichung dieses Inserates am Sonnabend vor der Wahl „eine Feigheit" nennt, weil die „Allgemeine Zeitung" darauf nicht mehr entgegnen konnte, so nimmt hier die „Abwehr" — zwar nicht des jüdischen Einflusses, wohl aber deutsches einwandfreier und berechtigter deutschnationaler Parteipropaganda — Formen an, denen „nach gewisser Seite" keine Grenzen gezogen sind. Es ist uns verfaßt, diese Invektive in ähnlicher Form zurückzuweisen, es genügt uns, sie niedriger zu hängen. Wenn auch mit einem Zeitungsinserat oder -artikel nicht mehr entgegnet werden konnte, so lag doch immer noch die Möglichkeit vor, durch Flugblätter usw. darauf zu antworten. Daß gegen den Inhalt des Inserats aber nichts Stichhaltiges vorgebracht werden kann, beweist am besten der gestrige Artikel in der „Allgemeinen Zeitung", der, obwohl fast eine ganze Woche gewiß intensiven Nachdenkens seit dem Erscheinen des Inserats verflossen war, geradezu lächerlich wenig Tatsächliches vorzubringen vermag.

„Es darf mit Genugtuung festgestellt werden, und es ist in weiten Kreisen der bürgerlichen Wählerschaft mit besonderer Befriedigung verfolgt worden, daß die beiden rechtsbürgerlichen Parteien in Halle, die Deutschnationale und die Deutsche Volkspartei, den Wahlkampf geführt haben, ohne einander irgendwie offen oder versteckt das Wasser zu trüben oder abzugraben." Mit diesen Worten leitet die „Allg. Ztg." ihre gestrige Polemik ein, und man muß sagen, daß sie durchaus richtig sind — soweit sie sich auf die Deutschnationale Volkspartei beziehen. Weder vom Deutschnationalen Landesverband, noch vom Hallescheen Kreis- und Ortsverein, noch von der „Halleschen Zeitung" ist je ein Angriff auf die Deutsche Volkspartei bis zum Erscheinen des Delitzscher Flugblattes erschienen. Von deutschnationaler Seite ist auch über die etwas eigenartige Agitation des Herrn Dr. Cremer hinweggesehen worden, der u. a. in Vorträgen behauptet hatte, die Deutschnationale Volkspartei sei die alte konservative Junkerpartei und werde einseitig von Junkern geführt — worüber von den „Allgemeinen Zeitung" getreulich berichtet wurde, es wurde auch darüber hinweggesehen, daß von volksparteilichen Rednern ein Keil zwischen die Deutschnationale Volkspartei und den Landbund zu treiben versucht wurde, u. a. m. Erst das Delitzscher Flugblatt der Deutschen Volkspartei, dessenwegen von deutschnationaler Seite Anzeige beim Staatsanwalt erhoben wurde, machte es dem Deutschnationalen Volksverein Halle zur Pflicht, aus seiner bis dahin beobachteten Reserve herauszutreten.

Wenn die „Allgemeine Zeitung" zum Schluß „auf ein weiteres ersprießliches gemeinsames Wirken der beiden Parteien in der Richtung der großen gemeinsamen Ziele" hofft, so darf man wohl der Vermutung Ausdruck geben, daß sich nunmehr auch gewisse Kreise der Deutschen Volkspartei angelegen sein lassen wollen, im Sinne und Geiste der schönen Eingangsworte der gestrigen Polemik der „Allgemeinen Zeitung" zu handeln. Das würde von allen Kreisen der Deutschnationalen Volkspartei mit lebhafter Befriedigung begrüßt werden. Mit aller Deutlichkeit mag aber zum Schluß nochmals hervorgehoben werden, daß von deutschnationaler Seite größeres Gewicht auf entsprechende Taten als auf gutklingende Worte gelegt wird.

Graf Westarp gewählt. In der gestrigen Sitzung des Wahlausschusses für den Wahlkreis 8, die im Charlottenburger Rathaus unter Vorsitz des Regierungsrats von Schoen stattfand, wurde als das vorläufige amtliche Wahlergebnis mitgeteilt, daß die Deutschnationale Volkspartei im Wahlkreis Teltow-Beskow-Charlottenburg 120 222 Stimmen erhalten habe. Danach wäre nicht nur Verlagsdirektor Wulle, sondern auch Graf Westarp gewählt, und er ergibt sich ein Rest von 222 Stimmen für die Verbandsliste.

Hamburgs Niedergang — Englands Gewinn

Gardiner, der Herausgeber und Chefredakteur der „Daily News", setzt seine Artikelreihe über Deutschland fort, die das Fazit der von ihm bei seinem kürzlichen Besuch in Berlin, Hamburg und zahlreichen anderen Plätzen des Deutschen Reiches gewonnenen Eindrücke und Beobachtungen ziehen sollen. Der zweite dieser Artikel beschäftigt sich mit dem gegenwärtigen Aussehen Hamburgs und den Zukunftsmöglichkeiten dieses größten deutschen Hafens. Wir geben aus Gardiners Ausführungen die wesentlichsten Stellen wieder:

Man pflegt zu sagen, die Deutschen erkennen immer noch nicht an, daß sie geschlagen seien. Wenn das jemals für irgendwelche Deutsche Geltung haben sollte, so ist es ganz gewiß nicht wahr mit Bezug auf die heutigen Hamburger. Sie brauchen nur einen Blick auf ihren Fluß und die Docks zu werfen, um zu wissen, wer den Krieg gewann und welchen Preis sie haben zahlen müssen. Vor 6 Jahren war Hamburg der drittgrößte Hafen der Welt. Sein Fluß, seine Docks und seine Werften boten ein Schauspiel von fast beispiellosser Lebendigkeit. Heute ist alles bahin, geblieben sind nur Küsten- und kleine Frachtdampfer. Die deutsche Handelsmarine ist von den Straßen des Weltmeeres völlig verschwunden. Die großen Gebäude der Hamburg-Amerika-Linie atmen kaum noch Leben. Fast sind sie so ruhig wie ein Kirchhof. Als ich einen der Direktoren befragte, worin denn eigentlich jetzt ihre Tätigkeit bestände, sagte er mit einem Unterton leiser Trauer, sie wären jetzt die Schiffsagenten für die Ellermann-Linie, die Kerr-Linie und manche anderen englischen und amerikanischen Linien. Sie haben auch schon wieder zu bauen begonnen, aber nicht für sich selbst. Das Schiffsungetüm, der „Bismarck", mit dessen Bau vor dem Kriege begonnen war, nähert sich seiner Fertigstellung; nach Vollendung aber geht er an die Alliierten über. . . . Es dürfte nicht leicht sein, sich einen trostloseren Zustand der Stagnation auszumalen, als den Anblick, den die Docks gegenwärtig bieten. Meilen und Meilen kann man an Werften entlang wandern, über denen Einsamkeit brütet, an großen Warenspeichern, die geschlossen, und an Docks, die leer sind. Hier und da zeigt sich wohl geringe Tätigkeit, aber in der Totenstille trägt sie nur dazu bei, die allgemeine Stagnation zu unterstreichen.

Und doch wäre es verfehlt, Hamburg als eine Stadt anzusehen, die in einen Abgrund von Verzweiflung gesunken ist. Im Gegenteil, sein äußeres Antlitz zeigt Heiterkeit und Vertrauen. Hamburg hat wenig von der Angst und Niedergedrücktheit, die sich in Berlin bemerkbar machen. Zudem weiß Hamburg, was immer auch geschehen mag, daß es doch der große Einfallshafen für Mitteleuropa bleiben muß. Sogar die Tschechoslowakei muß ihre Zufuhren von außer her durch diesen Torweg leiten. Und schon jetzt im Wechsel der Gezeiten die Flut des Handels wieder ein. Sie ist dem nackten Auge noch nicht sehr sichtbar, aber die Hamburger weisen verheißungsvoll auf die englischen und amerikanischen Schiffslinien hin, die jetzt im Begriff stehen, aus allen Teilen der Welt ihren Schiffsverkehr wieder nach Hamburg zu lenken. Auch eine Menge neuer Schiffsagenturen hat sich niedergelassen, ja, ein großer Teil amerikanischer und neutraler Unternehmungslust ist dabei, die Möglichkeiten des Hafens gehörig auszuschöpfen. Ich begegne in englischen Kreisen starkem Bedauern, daß englisches Kapital so wenig Neigung zeigt, sich diesem Wettkampf anzuschließen, der trotzdem der Abenteuer- und Unternehmungslust ein reichliches Feld bietet. Es ist ein Feld, das auf lange Zeit hinaus von den Deutschen nicht wieder mit Beschlag belegt werden kann. Mit ihren enormen inneren und äußeren Schulden werden sie Holzhauer und Wasserschlepper für den Ausländer sein. Ihnen werden die Schiffe, die in Hamburg ein- und ausfahren, noch so manches Jahr nicht gehören, aber immerhin, der Frachtverkehr wird wieder kommen, und obgleich er auf ausländischem Schiffsboden sich abspielt und der erste Nutzen fremden Reedern zugute kommen wird, es gibt doch wieder Arbeit und Löhne für das Hamburger Volk und eine nicht unbeträchtliche Ueberschußsumme für die Handelsheimeinschaft. Die großen Hamburger Schiffs- und Handelskönige, die sind es, die untergegangen sind. In des Wortes wörtlicher Bedeutung ist Hamburg aus deutschen in ausländische Hände übergegangen. Es wird der Tributar fremden Kapitals sein.

Zur Abstimmung in Ostpreußen Der deutsche Schutzbund teilt mit, daß die Einspruchsfrist für die Abstimmungsberechtigten in Ostpreußen bis zum 20. Juni verlängert worden ist. Stimmberechtigte, die den Wahlausweis bis zum 15. Juni noch nicht erhalten haben, tun daher gut, unverzüglich bei der Abstimmungskommission ihres Geburtsortes Einspruch zu erheben.

Denkmalsschändung in Oberschlesien. Der „Oberschlesischen Morgenzeitung" zufolge sind in der vergangenen Nacht in Rodzin und Schoppinitz die Denkmäler Kaiser Wilhelms I. und Kaiser Friedrichs vom Bubenhänden durch Dynamit beschädigt worden. Das erstere ist vollständig zerstört. Bei letzterem ist der Sockel zersprengt.

(Nachdruck verboten.)

Bis in das Elend.

Ein Kampf um das Deutschtum.

Von Max Treu-Halle.

61]

„Das können Sie tun, und niemand wird Sie hindern, sofern Sie nicht widerrechtlich in fremdes Eigentum eingreifen. Dieser Friedhof ist unser! Wir haben uns seiner nicht entäußert, niemand hat uns verkündet, daß der Bahnbau über diese heilige Stätte, wo unsere Väter ruhen, geführt werden solle, und so steht auch niemand ein Recht zu, plötzlich und meuchlerisch über unser Eigentum herzufallen. Nochmals fordere ich Sie auf, die Arbeiten zu sistieren!"

„Und wenn ich das nicht tue?"

„So dürfen Sie sich nicht wundern, wenn ich Sie als einen Einbrecher in fremdes Eigentum ansehe und gegen Sie als einen solchen verfahre!"

Die Arbeiter ringsum hatten ihre Arbeiten unterbrochen; teils verwundert und erstaunt, teils aber auch voll hämischer Schadenfreude, sahen sie zu uns herüber.

Da rief Simai ihnen auf ungarisch zu:

„Laßt euch nicht stören, Leute! Die Arbeiten nehmen ihren Fortgang, wie ich es befohlen!"

Schon aber stand Reiner dicht neben ihm:

„Dann verhafte ich Sie als Friedensbrecher und böswilligen Eigentumszerstörer! Folgen Sie mir, Herr Simai. Sie sind mein Gefangener!"

Es blitzte unheimlich in des Ungarn Augen auf.

„Mich verhaften! Sind Sie toll geworden, Herr Ortsvorsteher?"

Und mit lauter Stimme rief er seinen Arbeitern zu:

„Hierher, Leute, zu mir! Man will mir Gewalt antun!"

Im Nu standen mehrere, mit schweren Hämmern und mit Schaufeln bewaffnet, neben ihm.

Reiner donnerte ihnen entgegen:

„Zurück! Wollt ihr euch des Widerstandes und des Landfriedensbruches schuldig machen?"

Ein drohendes Gemurmel war die Antwort, und dichter drängten sie sich um den Ingenieur.

Eine blutige Katastrophe stand bevor, da ich Reiner zu gut kannte, um zu wissen, daß er um keinen Preis in dieser Situation nachgeben werde.

Da schallte ein dumpfer Laut vom Dorfe her, ein zweiter folgte, ein dritter, ein vierter — und nun klang das eintönige, gellende Geläut der Sturmglocke über die Landschaft hin.

Und im selben Augenblicke eilte schon Pfarrer Mathias mit einigen Bauern herbei, denen drei Gendarmen auf dem Fuße folgten.

Ein Schrei der Empörung kam aus des Pfarrers Munde und ein grimmer Fluch über die Lippen der Bauern, als sie die Zerstörung wahrnahmen.

Wieder rief Reiner den fremden Arbeitern zu:

„Geht zurück, Leute, und treter meinen Amtshandlungen nicht entgegen! Sie aber, Herr Ingenieur Simai, fordere ich nochmals auf, mir zu folgen!"

„Den Teufel werde ich das tun!" knirschte er.

Reiner rief den Gendarmen einige Worte zu; einen Augenblick stutzten diese, aber dann traten sie an den Ingenieur heran und nahmen ihn in die Mitte, um ihn fortzuführen. Da schallte aus den Reihen der Arbeiter der ungarische Ruf: „Zu uns herüber, Gendarmen! Was tut ihr bei den deutschen Hunden?"

Aber sofort hatte Reiner den Schreier gepackt und ihn durch einen Stoß vor die Brust niedergestoßen. Immer dichter füllte sich der Kirchhof mit den Gemeindeangehörigen Beidenburgs, Männer, Weiber und Kinder durcheinander; die Deutschen waren in der großen Ueberzahl, und keinem Vernünftigen konnte ein Zweifel bestehen, auf wessen Seite der Ausgang eines etwaigen blutigen Zusammenstoßes sein werde, selbst wenn die Gendarmen gemeinsame Sache mit den Ungarn machen sollten.

Vom Dorfe her aber schallte noch immer der Ruf der Sturmglocken herüber, der wild erregten Menge ankündend, daß immer weiterer Zuzug sich einstellen werde. Man sah es den Fremden an: sie hatten erkannt, daß mit den Beidenburgern nicht zu scherzen wäre.

„Wollen Sie mir nun folgen oder nicht?" fragte Reiner drohend den Ingenieur. „Oder wollen Sie mich wirklich zwingen, Sie binden und unter dem Hallogeschrei der Jugend auf einer Karre transportieren zu lassen?"

„Wohin?" fragte Simai bebend vor Zorn und Wut.

„Zum Gemeindehaus! Ich will aus Ihrem Munde den Tatbestand zu Protokoll nehmen und mich dann schlüssig machen, ob ich Sie wieder auf freien Fuß setze oder als Gefangenen dem Gerichte in der Stadt zuführen lasse!"

Der Ingenieur sah, daß Widerstand zwecklos gewesen wäre und die Beidenburger nur noch mehr reizen müsse. So fügte er sich denn in das Unvermeidliche und trat, von zwei Gendarmen begleitet, den Rückweg zum Dorfe an.

Reiner wandte sich an die übrigen vier Gendarmen; sie baten sich inzwischen alle eingefunden.

„Ihr haltet Wache am Friedhof!" befahl er. „Jeden Versuch, zu arbeiten, verhindert ihr — wenn es sein muß, mit Waffengewalt!"

Und dann hob er seine Stimme, und gewaltig schallte sie über die lautlos harrende Menge hin:

„Geht jetzt heim, ihr Leute! Ihr alle, ihr Brüder aus Beidenburg wie die Fremden! Keiner wage des Dorfes Frieden zu brechen! Euch aber, liebe Brüder, die ihr zum Gemeinderat gehört, euch fordere ich auf, sofort zur Versammlung zu kommen!"

Ruhig und still verlief sich der Strom. Nur Pfarrer Mathias, Reiner und ich blieben zurück, um jeder Möglichkeit eines Zusammenstoßes persönlich vorbeugen zu können. Die Gendarmen verteilten sich auf ihre Posten.

Pfarrer Matthias trat jetzt heftig an Reiner heran, ergriff dessen beide Hände und fügte die meine hinzu, während er tiefernst die Worte sagte:

„Die Feinde wollen an uns, liebe Freunde! Aber zu Verrätern an unserer Sache sollen sie uns nicht machen!"

„Niemals!" sagte Reiner.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192006121-10/fragment/page=0002

Die Reichsschulkonferenz

(1. Tag.)

b. Berlin, 11. Juni.

Unter gewaltigem Andrange begann heute vormittag im Sitzungssaale des Reichstages die „Reichsschulkonferenz". Der Saal bietet kaum noch Platz für die Massenversammlung. Auch die Tribünen sind stark besetzt. Regierungsvertreter haben sich zahlreich eingestellt.

Gegen ½11 Uhr eröffnet **Reichsminister Koch** die Konferenz, die seit längerer Zeit von Schulmännern ersehnt worden sei. Um so mehr, sagte er, ist es angebracht, vor einer Ueberschätzung der Möglichkeiten zu warnen, die diese Konferenz bietet (Lebhafte allseitige Zustimmung.) Es ist nicht möglich, bei einer Teilnehmerzahl von 600 und mehr — und bei der Vielgestaltigkeit des Schulwesens war sie nicht zu beschränken — zu fertigen Gesetzentwürfen oder auch nur Organisationsplänen zu kommen. (Allgemeine Zustimmung.) Es ist nicht möglich, jeden so ausgiebig zu Worte kommen zu lassen, wie er es verdient, und mancher wird sich darauf beschränken müssen, die altmodische Tugend des Zuhörens zu üben. Weiter ist es nicht möglich, mit Stimmenmehrheit wissenschaftliche Wahrheiten in diesem Kreise festzulegen. (Lebhafte allseitige Zustimmung.) Wir sind ja nicht eine Versammlung von Parteipolitikern, sondern von wissenschaftlich Strebenden und Forschenden. Trotzdem wird das Ergebnis kein negatives sein. Die Konferenz wird uns Anregungen bieten und den Meinungsaustausch dazu beitragen, Anschauungen, die sich auf dem Papier schroff entgegenzustehen scheinen, auszugleichen. Schließlich wird diese Versammlung den Auftakt für die große Gesetzgebung geben, die auf dem Gebiete des Schulwesens in den nächsten Jahren geleistet werden muß. Endlich wird die Versammlung ein Bild geben von den vielfachen Anschauungen auf dem Gebiete des Bildungswesens in Deutschland, zugleich von dem Stande des Bildungswesens in diesem Augenblick. Wir lassen keinen Zweifel daran, daß darin sachliche und solide Arbeit geleistet ist und strenge Anforderungen an Lehrer und Schüler gestellt worden sind. (Lebhafte Zustimmung.) Es ist viel geleistet worden in der mosaikartigen Arbeit in allen Schularten, vom einfachsten Dorfschulmeister bis zum Gelehrten der Hochschule. Trotzdem wollen wir uns freuen darüber, daß die Bahn frei ist für Reformen, die seit Jahrzehnten erörtert, aber mit gewisser Aengstlichkeit zurückgehalten worden sind. Die Bahn ist frei nicht zum wilden Dahingaloppieren, sondern zum besonnenen, überlegten Fortschritt. (Beifall.) Schon der Umstand, daß in einem niedergebrochenen Deutschland finanzielle Hindernisse bestehen, verbietet solches Galoppieren. Man hat Bedenken geäußert, daß die Konferenz unmittelbar nach den Wahlen kaum eine Stätte ruhiger Tagung werden würde. Diese Bedenken teilt Minister Koch nicht. Gerade nach diesem leidenschaftlichen Wahlkampf werde man sich zu gemeinsamer kultureller Arbeit zusammenfinden. (Beifall.) Die Aufgaben des künftigen Schulwesens sind nicht derartig, daß sich nicht doch Uebereinstimmung wenigstens der großen Mehrheit werde erreichen lassen. Ich sehe unter den besonderen Aufgaben in erster Linie die Notwendigkeit,

den nationalen Gedanken zu pflegen.

(Lebhafter Beifall.) Wir wollen gewiß nicht mit Ueberschätzung oder Verachtung auf fremde Kulturen blicken, sondern uns klarmachen, daß alle Nationen an dem Vorwärtsschreiten des Menschengeschlechts Anteil haben, und die bewährte Methode nicht verlassen, die eigene Kultur an den fremden zu messen und unsere eigene an fremden zu vertiefen. Aber gerade in dieser Zeit nationalen Unglücks wollen wir mit vollem Recht stolz sein auf den ungeheuren Anteil, den das deutsche Volk dem Kulturfortschritt geschenkt hat. (Beifall.) Es ist heute manche Ehrfurcht weggefallen. An Stelle des Zwanges muß dafür die Pflicht treten, an Stelle befohlener Unterordnung die bewußte Einordnung in das große Ganze. Nur so kann unser Volk wieder zu einem einheitlichen werden und die formale Demokratie Inhalt empfangen. Nur bei tieferem Verantwortlichkeitsgefühl ist die Demokratie überhaupt haltbar. (Zustimmung.) Eine scharfe Grenze aber muß gezogen werden zwischen den Aufgaben der Schule und der Betätigung von Parteipolitik in der Schule. (Sehr richtig!) Darin wollen wir alle zusammenhalten, daß wir die Einheitlichkeit des Schulwesens nicht zerreißen durch parteipolitische Erörterungen und Organisationen in der Schule. (Zustimmung.) Wir halten es mit dem Arzt in der „Wildente": „Macht ihr, was ihr wollt, aber laßt mir das Kind in Frieden!" — Endlich haben wir die Aufgabe, Duldsamkeit namentlich in der Weltanschauung in unseren Schulen zu pflegen. Unser deutsches Volk ist darin so zerrissen, daß es nicht gelungen ist, eine Schule mit einheitlicher Weltanschauung zu bringen. So kann es denn ohne Kompromisse nicht abgehen. Es soll zu den vielen Schlachtfeldern, die wir haben, nicht noch eines kommen, wo Haus und Schule sich bekämpfen. Es wird also die Aufgabe der Schule sein, die Weltanschauung des Elternhauses zu pflegen und zu vertiefen und es den heranwachsenden Zöglingen zu überlassen, sich eine Weltanschauung selbst zu überlassen. Darum muß von vornherein Duldsamkeit für jede fremde Weltanschauung und Religion in die Herzen der Kinder gepflanzt werden.

Der Minister ging dann zu den Organisationsfragen über. Wir brauchen zunächst die soziale Einheitsschule. Die deutsche Republik würde keine soziale sein, wenn es ihr nicht gelänge, Aufstiegsmöglichkeiten für die Begabten zu schaffen. Dabei brauchen wir die Einheitsschule auch in dem Sinne, daß Einheitlichkeit im deutschen Schulwesen herrscht, die freilich nicht zum Schema wird und das Mitbestimmungsrecht verkümmert. Kein Reichstag oder Schulparlament könnte ersetzen, was in mühevoller Kleinarbeit die berufenen Träger des Schulwesens leisten. Endlich kommt es auch auf Vereinheitlichung der Lehrerbildung an. Alle Gesetze nützen aber nichts, wenn die Lehrer nicht von der Ueberzeugung durchdrungen sind, daß es eine Mission ist, die sie auf allen Stufen haben.

Es spricht darauf der geladene **Staatssekretär Schulz** über „Die Aufgaben der Konferenz". Diese ist nicht nur als einmalige Tagung gedacht, vielmehr soll sich die Regierung auch später dieses Rates bedienen. Auf Vorschlag des Redners wurde ein Fünferausschuß eingesetzt, um die kostbare Zeit nicht durch Geschäftsordnungsdebatten zu vergeuden. Die Anregung von Fraktionsbildungen bezeichnet Staatssekretär Schulz als eine unglückliche Idee. In keiner Weise beabsichtigt das Reichsministerium durch künstliche Mittel künstliche Ergebnisse zu erzielen. Alle Richtungen, die Sachlichkeitswert haben, sollen zur Geltung kommen. Die Reichsschulkonferenz ist nicht als Parlamnet zu betrachten. Jeder unsachliche Nachhall der verflossenen Wahlkämpfe muß hier vermieden werden. (Beifall.) Die durch die Wahlergebnisse bedingte Umbildung der Regierung kommt für die Konferenz nicht in Betracht. Weite Kreise der Konferenz erhofften, daß die Konferenz der Ausgangspunkt für eine große, das deutsche Volk innerlich zusammenführende Bewegung sein werde. (Lebhafte Zustimmung.)

Abgeordneter Liz. **Mumm** gibt eine Erklärung über die sachliche Mitarbeit einer Reihe von Gesinnungsgenossen ab; etwaige Mehrheitsbeschlüsse sind für Parlament und Oeffentlichkeit ohne Bedeutung. Die Zusammensetzung dieser Reichsschulkonferenz und die der Ausschüsse lag in den Händen der Reichsregierung, die inzwischen ihren Rücktritt erklärt hat. Wir erwarten, daß eine neue Regierung eine Reichsschulkonferenz einberuft, in der die Ausschüsse so zusammengesetzt sind, daß in ihnen alle Richtungen zur Geltung kommen. (Beifall und Zischen.)

Abgeordneter Marx (als Vertreter katholischer Schulverbände) wendet sich in einer Erklärung gegen die Aeußerung des Staatssekretärs Schulz: „Es soll in den Ausschüssen festgestellt werden, welche Hauptrichtungen sich 1920 auf dem Schulgebiet durchgesetzt haben". Da die Konferenz nur einen gutachtlichen Charakter tragen soll, muß von Abstimmungen abgesehen werden.

Reichsminister **Dr. Koch** bedauert, daß es notwendig erscheine, solche Erklärungen hier abzugeben. Wir haben ausdrücklich betont, daß Abstimmungen nicht stattfinden sollen. Für die Reichsregierung ist es nur wertvoll, festzustellen, wie die verschiedenen hier vertretenen Richtungen sich gutachtlich gestellt haben. (Zustimmung.) Die Zusammensetzung der Ausschüsse liegt offen für jede Kritik. Sie ist erfolgt nach Grundsätzen des öffentlichen Interesses und Ehrlichkeit. Wir bedauern, daß infolge des Kapp-Putsches eine Vertagung notwendig war. Nachdem wir aber die Einberufung einer Schulkonferenz übernommen hatten, war es auch unsere Pflicht, sie stattfinden zu lassen. Formell liegt kein Grund dagegen vor, denn wir sind vom Reichspräsidenten mit der Fortführung der Geschäfte betraut. Einem Vertagungsbeschluß wird sich die Reichsregierung nicht widersetzen. (Heiterkeit.) Ich hoffe, daß wir nun einmütig an die Arbeit gehen werden. (Zustimmung.)

Die Konferenz tritt hierauf in die Tagesordnung ein. Ueber die

Einheitsschule

spricht Oberstudienrat Professor Dr. Kerschensteiner (München), der einen Plan reichster Gliederung für die Einheitsschule vorlegte, die in dieser Art freilich nur in großen Gemeinden möglich ist. Andere Gemeinden müssen sich mit einem Schultypus begnügen unter Angliederung von möglichst viel Wahlfächern, gegebenenfalls sogar unter Befreiung einzelner Schüler von gewissen Pflichtfächern.

Professor Dr. Binder (Stuttgart) vertritt die sehr eingehenden Leitsätze des Vereinsverbandes akademisch gebildeter Lehrer Deutschlands.

Demokratie und Ausland.

Man schreibt uns:

Wenn man die hiesige demokratische Zeitung liest, so steigt einem brennende Schamröte ins Gesicht, d. h. denen, die deutsch und nicht demokratisch fühlen. Es wird dort in der Nr. 265 ein aus dem Zusammenhang gerissener Artikel der „Times" angeführt, in dem unter anderen auch mit inniger Befriedigung davon Kenntnis genommen wird, daß eine Regierung mit nationalliberalem Einfluß nicht in der Lage wäre, die Beziehungen zu den Verbandsmächten auch nur eine einzige Woche aufrechtzuerhalten. Gesperrt gedruckt, also besonders auffällig, und man fühlt dahinter das verständnisinnige Grinsen dieses großen Demokraten, der diese Feststellung dort im Druck wiedergibt. So echt demokratisch, d. h. so undeutsch ist das, zuerst und bei jeder Handlung nach dem Ausland zu schielen, ob die Herren dort auch ja damit einverstanden, was ihre Knechte hier geleistet.

Für wie kurzsichtig und dumm und dabei vergeßlich muß die „Saale-Zeitung" ihre Bezieher halten, wenn sie annimmt, daß dieselben diese Ausführungen glauben sollen. Hat sie nicht selbst wiederholt betont, daß die Verbandsmächte nur Vorteile davon haben, wenn es bei uns nie zur Ruhe und Ordnung kömmt? Also, daß England Befürchtungen hegt bezüglich des Erstarkens des nationalen Gedankens in Deutschland, müßte jeden logisch und vernünftig, d. h. nicht demokratisch denkenden Deutschen davon überzeugen, daß alle die, die zum Erstarken der Rechtsparteien beitrugen, auf dem rechten Wege sind.

In der Agitation der Rechtsparteien war ein starker Ton, wuchtige germanische Hammerschläge, der Endzweck verlangte und rechtfertigte das. In dem Jammern der Unterlegenen ist soviel Häßliches, Undeutsches, Demokratisches (wie Demokratie verstanden sein will), daß man unwillkürlich und wahrhaft froh ist, daß dieser Partei ihre Macht genommen wurde. Dieses hämische Hinweisen auf das angeblich zornige England ist so erbärmlich, so klein und würdelos. So kennzeichnend für unsere Zeit, und man fragt sich schaudernd, wohin das wohl geführt hätte, wenn in letzter Stunde ein großer Teil unserer Volksgenossen nicht den rechten Weg gefunden hätte. Den rechten Weg im wahren Sinne des Wortes. Auf die nächsten Wahlen freuen sich die Demokraten, dann müßten sie sich doch wohl bald auf einen anständigen Ton in ihrer Presse besinnen und ihr bitterliches Weinen einstellen. Es ist sonst zu befürchten, oder besser noch, zu hoffen, daß die wenigen Leute, die ihnen geblieben sind, angewidert von dieser Tonart, nach rechts oder links ausweichen. Inzwischen empfehle ich dem Herrn, der die „London Times" zitierte, mit einer englischen Grammatik bewaffnet, sich den Artikel nochmals, und zwar sorgfältiger, durchzulesen.

W. Zabel.

Die „Siedlungsgesellschaft Sachsenland"

schreibt uns:

In Nr. 233 vom Sonnabend, den 5. Juni 1920 (Morgenausgabe) erschien ein Artikel: „Gerth — Siedlungsgesetz — Delius", worin Herr Rechtsanwalt Gerth sich über die von der Siedlungsgesellschaft Sachsenland durchgeführte Siedlungsarbeit auf dem Rittergute Agnesdorf äußerte.

Diese Ausführungen sind völlig unzutreffend. Das Rittergut Agnesdorf ist von uns nicht nur an zwei Landwirte in Güter von 200 und 800 Morgen aufgeteilt worden, sondern es wurden 29 Zukaufsrentengüter, 2 größere Bauerngüter und ein Restgut gebildet; eine weitere erhebliche Fläche ist an über 40 kleine Leute aufgeteilt worden. Dabei wurde in weitgehendstem Maße den Wünschen der Einwohner der benachbarten Gemeinden Questenberg und Breitungen Rechnung getragen, was wiederholt von diesen anerkannt wurde. Insgesamt wurden also über 70 und nicht nur 2 Landwirte berücksichtigt. Bei der Verwertung des Rittergutes mußte sich die Siedlungsgesellschaft natürlich nach den schwierigen Bodenverhältnissen richten, da ca. 250 Morgen Hänge und Kuppen vorhanden sind, die für die Aufteilung nicht in Frage kommen; auch war die Verwertung der vorhandenen Gebäude für die Aufteilung maßgebend.

Ebenfalls völlig unzutreffend ist die Angabe über den angeblichen Gewinn von 100 000 Mk. Dieser steht überhaupt noch nicht endgültig fest, wird aber weit unter der genannten Summe bleiben, ist also bei einem Gesamtobjekt von rund 1½ Millionen bescheiden zu nennen; außerdem sind davon noch die erheblichen Unkosten zu decken. — Bei einer Aufteilung von privater Seite würde zweifellos ein ganz anderer Verdienst herausgewirtschaftet worden sein. Die Gerthschen Schlußfolgerungen über „so geartete künftige Siedlungen" sind also gänzlich verfehlt.

Siedlungsgesellschaft Sachsenland G. m. b. H.

Halle und Umgebung

Halle, 12. Juni.

Rätewirtschaft in der Stadtverwaltung

Welche Zustände im inneren Betrieb der Berliner städtischen Verwaltung herrschen, zeigt folgende dringende Anfrage der Bürgerlichen Vereinigung der Berliner Stadtverordnetenversammlung an den Magistrat:

„1. Wieviele Mitglieder der 187 Betriebsräte in den einzelnen Betrieben der Stadt Berlin sind dauernd vom Dienst befreit und für wieviele Mitglieder werden dauernd Vertretungskosten bezahlt? Entspricht es den Tatsachen, daß z. B. in der Erwerbslosenfürsorge ständig 5 Personen, in der Brotversorgung 6 Personen, im Einkommensteuerbüro 3 Personen, im Wohnungsamt 3 Personen, in der Fettstelle 5 Personen, ebenso in allen anderen Betrieben mindestens eine Person dienstfrei sind? Wieviele Stenotypistinnen und wieviele Diener werden auf Kosten der Stadt für diese Betriebsräte nach den Gehaltssätzen der Hilfsangestellten bezahlt und wie hoch sind die Kosten? Wieviele Schreibmaschinen und Vervielfältigungsapparate sind für diese Betriebsräte auf Kosten der Stadt angeschafft worden und welche Kosten sind dadurch entstanden? Wie teuer sind die Kosten der Büroeinrichtungen und der Miete für die den Betriebsräten zur Verfügung gestellten Räume? Welche Ausgaben sind seit dem Bestehen der Betriebsräte durch Bezahlung der Portokosten entstanden? Welche Kosten sind der Stadt noch sonst für diese Einrichtung erwachsen?

2. Wie hoch belaufen sich die Ausgaben für die Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Arbeiterräte — 59 Personen — und wieviele Personen sind hier dauernd vom Dienst befreit? Wie hoch belaufen sich die Vertretungskosten? Wieviele Stenotypistinnen und Diener unterhält der Magistrat auf Kosten der Steuerzahler für diese Einrichtung? Welche Anschaffungen sind dafür gemacht und welche Kosten sind noch sonst dafür entstanden?

3. Wieviele Mitglieder des Zentralen Ausschusses — 15 Personen — der Hilfskräfte beim Magistrat sind dauernd vom Dienst befreit? Entspricht es den Tatsachen, daß für die Arbeitsgemeinschaft 3 Stenotypistinnen, 3 Bürogehilfen und 2 Diener auf Kosten der Steuerzahler unterhalten werden? Wie hoch sind die gesamten Kosten, die der Magistrat bisher für den Zentralen Ausschuß aufgewandt hat?

4. Wieviele Personen werden vom Magistrat im Arbeiterrat der Arbeitslosen dauernd besoldet? Welche Tagegelder zahlt der Magistrat diesen Arbeitslosen? Wie hoch ist die Arbeitslosenunterstützung, die diese Arbeiterräte außer den Tagegeldern beziehen? Welche Schritte hat der Magistrat getan, um diesen Arbeitslosen Arbeit zu verschaffen? Bestätigt es sich, daß noch immer zwei arbeitslose Stadtverordnete sowohl Arbeitslosenunterstützung als auch Tagegelder vom Magistrat beziehen? Wie hoch ist die für den Arbeiterrat der Arbeitslosen bisher vom Magistrat aufgewandte Summe?

Wie hoch ist der Gesamtbetrag für vorstehend aufgeführte Einrichtungen bisher gewesen und aus welchem Kapitel des Haushaltsplanes werden die Kosten gedeckt?"

*

Ganz so schlimm ist's ja nun in Halle freilich nicht. Wir haben bzw. wir hatten — Herr Hörsing hat ja jüngst die Arbeiterräte für aufgelöst erklärt — in unserer Stadt nur noch einen aus wohl 7 Mitgliedern bestehenden mittleren Arbeiterrat, für den allerdings zu Anfang dieses Jahres die Stadtverordnetenversammlung noch einmal das nette Sümmchen von 50 000 Mark bewilligen mußte. Vielleicht legt unser mittlerer Arbeiterrat, ehe er von der Bildfläche verschwindet, vor der Oeffentlichkeit Rechenschaft ab über seine Tätigkeit; wir sind überzeugt, daß von seinen Mitgliedern der Achtstundentag peinlichst innegehalten worden ist. Ein abschließendes Urteil über die „segensreiche" Tätigkeit der hiesigen Arbeiterräte wird sich indessen wohl erst fällen lassen, wenn man einige Zahlenbeispiele aus der Aera des weiland Großen Arbeiterrats der Stadt Halle anführen könnte; doch dieser wird wohl nie seinen „Geschäftsbericht" veröffentlichen. Jedenfalls müssen die Funktionen eines Arbeiterrates ganz angenehm und einträglich sein, sonst würde wohl auch der hiesige Bezirksarbeiterrat nicht Protest gegen die Hörsingsche Verordnung eingelegt und diesen Punkt mit auf die Tagesordnung der am 13. und 14. d. M. in Halle stattfindenden Rätekonferenz gesetzt haben. #

— **Unbestellbare Postpakete.** Während früher Pakete, deren Annahme vom Empfänger verweigert wird, vor der Rücksendung von den Postanstalten unbestellbar gemeldet werden mußten, werden derartige Pakete jetzt, der geänderten Postordnung entsprechend, unverzüglich an den Absender zurückgesandt, wenn dieser nicht im voraus eine andere Bestimmung getroffen hat. Wünscht der Absender, daß ihm unbestellbare Pakete zunächst unbestellbar gemeldet werden, so muß er dies durch den Vermerk „Wenn unbestellbar, Meldung" auf der Vorderseite der Paketkarte und des Pakets zum Ausdruck bringen.

— **Stipendium zum Studium der Kirchenmusik.** In der nächsten Nummer der Amtsblätter der Regierungen zu Magdeburg, Merseburg und Erfurt wird eine Bekanntmachung des Landeshauptmanns der Provinz Sachsen veröffentlicht werden, die die Bestimmungen über ein Stipendium im Betrage von 600 Mark jährlich zum Besuche des Instituts für Kirchenmusik in Berlin vom 1. Oktober 1920 ab auf drei Semester enthält.

— **Verein ehem. Artilleristen zu Halle.** Der für Sonntag, den 13. Juni angesetzte Ausflug nach Sennewitz findet nicht statt.

— **Das „Walhalla" als Kino.** Zu dieser Meldung wird uns noch mitgeteilt, daß es zurzeit noch nicht feststeht, ob das „Walhallatheater" im September d. J. als Kino oder wieder als Operettenbühne in Betrieb genommen werden wird.

— **Milchbelieferung.** Auf die Abschnitte der Milchkarten der Klasse I wird bis auf weiteres täglich ein Liter Vollmilch abgegeben.

„H. Z." Sportberichte

Rennen zu Bremen

1. **Turmfalke-Rennen.** 1. Morane (Coller), 2. Nanu, 3. Allerliebste. Toto: 29, 25, 14, 22. Ferner liefen: Taschenspieler, Windfang, Merlo, Sirene, Zankhof, Tinnes. — 2. **Eröffnungs-Rennen.** 1. Sphinx (Freese), 2. Hildur, 3. Eckhard. Toto: 11, 11, 16. Ferner liefen: Pro patria, Elatus. — 3. **Hoffnungs-Flachrennen.** 1. Luftfahrt (Schletzke), 2 Geduld, 3. Götz von Berlichingen. Toto: 15, 11, 15, 11. Ferner liefen: Eilenburg, Rapjak, Talisman, Südtirolerin, Sanitas. — 4. **Preis der Vahr.** 1. Cerhild (Rittmeister v. Braun), 2. Kommando, 3. Toborzo. Toto: 49, 22, 23. Ferner liefen: Fromm, (Norton II). — 5. **Weser-Ausgleich.** 1. Döberitz, 2. Palme, 3. Lebenskünstler. Toto: 61, 20, 26, 32. Ferner liefen Daddy, Toska II, Nicolo, Ahafrau, Retter, Notbremse, Sierra. — 5. **Damenpreis-Jagdrennen.** 1. Karlchen (v. Herter), 2. Frei, 3. Parodie. Toto: 89, 14, 11, 12. Ferner liefen: Rumplertaube, Jeschute, Lynch Law, Robert, Wer macht's. — 7. **Schwachhauser Flachrennen.** 1. Othello (Poppowitsch), 2. Draufgänger II, 3. Sausewind. Toto: 127, 51, 19 Ferner liefen: Minister II, Laß doch.

— **Deutsche Fußballspieler in Holland.** Der norddeutsche Fußballmeister Arminia (Hannover) weilte kürzlich in Enschede (Holland) und spielte gegen den dortigen Sportklub unentschieden 2 : 2

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192006121-10/fragment/page=0003
DFG

Volkswirtschaft

Abdruck der mit einem ✱ versehenen Original-Artikel und Original-Meldungen des volkswirtschaftlichen Teils nur mit genauer Quellenangabe „Hallesche Zeitung“ gestatte

In das Handelsregister eingetragen

wurde in Abt. B unter Nr. 437 die Reichstreuhandgesellschaft Aktiengesellschaft Berlin mit einer unter der Firma „Reichstreuhandgesellschaft, Aktiengesellschaft, Zweigstelle Halle a. S.“, betriebenen Zweigniederlassung in Halle a. S. eingetragen.

Ferner in Abt. B Nr. 393 ist bei den Hallesch. Ton- und Kaolinwerken, Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Lettin eingetragen: Die Prokura des Fritz Stief ist erloschen.

In Abt. B Nr. 343 ist bei der Thyssenschen Handelsgesellschaft mit beschränkter Haftung Zweigniederlassung Halle in Halle a. S. eingetragen: Die hiesige Zweigniederlassung ist aufgehoben.

In Abt. A, Nr. 2486 ist bei der Firma Simon Sacki, Mellrichstadt, mit einer Zweigniederlassung in Halle, eingetragen: Die hiesige Zweig-Niederlassung ist zur Hauptniederlassung erhoben worden. Die bisherige Hauptniederlassung in Mellrichstadt ist aufgehoben. Die Prokura der Käthe Sacki ist erloschen.

Geldmarkt und Banken

✱ **Deutsche Bank.** Den Abschlußziffern der Deutschen Bank ist folgende Erklärung hinzuzufügen: Der für das Jahr 1918 gezahlten Abschlußgratifikation von 4 500 000 Mk. stehen für das Jahr 1919 9 Millionen Mark gegenüber. Die beim Abschluß für das Jahr 1918 den Beamten außerdem bewilligten 9 000 000 Mark, wovon 6 Millionen Mark dem Gewinnvortrag entnommen wurden, sind als besondere Beihilfe in zwei Raten im Laufe des ersten Halbjahres 1919 zur Auszahlung gebracht worden. Diesen 9 Millionen Mark stehen im Jahre 1920 erheblich höhere Beträge gegenüber, die in der Form von Gehaltserhöhungen und Teuerungszulagen an die Beamten gezahlt worden sind.

✱ ss. **Kommunalbank für Sachsen in Leipzig.** Die Generalversammlung setzte die Dividende auf 4 Proz. fest und vollzog die Wiederwahl von Geh. Kommerzienrat Julius Favreau in den Aufsichtsrat. Vor Eintritt in die Tagesordnung gedachte der Vorsitzende des Umstandes, daß das Institut auf ein 50jähriges Bestehen zurückblicken könne. Der in Vertretung der sächsischen Staatsregierung anwesende Geh. Regierungsrat Dr. Dietrich übermittelte aus diesem Anlaß die Glückwünsche der Regierung und gab dem Wunsche Ausdruck, daß das Institut wie bisher auch in Zukunft der Allgemeinheit nutzbringend dienen möge.

✱ **Bayerische Versicherungsbank, A.-G., vormals Versicherungsanstalten der Bayerischen Hypotheken- und Wechselbank, München.** In der Generalversammlung wurden der Geschäftsbericht der Direktion und des Aufsichtsrates wie auch die Jahresbilanz genehmigt und der Direktion wie dem Aufsichtsrat Entlastung erteilt. Die Verteilung des Gewinnes von 1 166 066,21 Mark wurde in der vorgeschlagenen Weise wie folgt genehmigt: Dividende 700 000 Mark, Gewinnanteile des Aufsichtsrats und Vorstandes 66 500 Mark, Steuerrücklage 150 000 Mark, an die Feuerversicherung zum Fonds für außergewöhnliche Brandschäden 100 000 Mark, Vortrag auf neue Rechnung 149 566,21 Mark.

✱ **Die Nürnberger Lederbörse.** Die im Anschluß an die Häuteauktion vom Bund der bayerischen Lederwirtschaft am 10. Juni im Lehrerheim veranstaltete Lederbörse war sehr stark von Interessenten der Häute- und Lederwirtschaft besucht. Nachdem aber die vorangegangene Häuteauktion eine Erhöhung der Rohware bis zu 40 Prozent gebracht hatte und demgemäß auch in der nächsten Zeit wieder mit einer Erhöhung der letztmals auf der Stuttgarter Börse festgesetzten Preise zu rechnen ist, die Situation also noch nicht geklärt ist, entwickelte sich überhaupt kein Geschäft. Die Börsenkommission gab folgenden offiziellen Bericht heraus: Die Börsenkommission hatte ursprünglich die Absicht, die gleichen Lederpreise wie die am Montag von der Württembergischen Gerbervereinigung festgesetzten Preise aufzustellen. Durch die vollständig veränderte Marktlage am Rohwarenmarkte aber — die letzte Auktion brachte ganz erhebliche Aufschläge — wird unbedingt eine Erhöhung der Stuttgarter Preise erfolgen müssen.

Industrie, Handel, Handwerk

✱ **8. bayerische Häuteauktion.** Auf der in Nürnberg am 10. Juni stattgefundenen 8. bayerischen Häute- und Fellauktion machte sich wieder eine lebhaftere Kauflust bemerkbar, ja, es kann sogar bei einzelnen Gattungen, so bei mittelschweren Großviehhäuten und Kalb- und Ziegenfellen, von einem Warenhunger gesprochen werden, so daß auch die Preise wieder teilweise um 30—40 Prozent gegenüber der letzten Versteigerung in München in die Höhe gingen. Zur Versteigerung kamen die Gefälle von Nürnberg, München, Augsburg, Regensburg und Würzburg, und zwar 4766 Stück Großviehhäute, 421 Felle von Fressern, 10 704 Kalbfelle, 1951 Schaffelle und Blösen, 13 Lammfelle, 102 Ziegenfelle und 79 Roßhäute. Die zuerst aufgeworfenen Kleintierfelle erzielten folgende Gebote: Kalbfelle ohne Kopf 14,25—15,80 Mk., mit Kopf 13,20—13,50 Mk. (Schuß- und Abdeckerfelle 7—9 Mk.); Fresser ohne Kopf 10,05—11,00 Mk., mit Kopf und Bauernfelle 7,00—9,95 Mk.; Schaffelle, vollwollig, gesalzen, 8,25 Mk. trocken 15 M, Blösen, gesalzen, 6,05 Mk., trocken 15,05 Mk., Lammfelle, gesalzen, 5,35 Mk., trocken 16,50 Mk.; Ziegenfelle, gesalzen und trocken, halb und halb, 49,20 Mk., Zickelfelle, trocken, 20,50 Mk. Bei den Großviehhäuten war anfänglich die Kauflust nicht so lebhaft, setzte aber bei den Häuten zwischen 40 und 59 Pfund reger ein, da diese viel schneller arbeitsfertig gemacht werden können und das Konjunkturrisiko an ihnen deshalb nicht so groß ist. Die Angebote stellten sich: Kühe mit Kopf 9,15—9,65 Mk. (6,10—7,25 Mk.), ohne Kopf 10,10—10,70 Mk. (7,10—7,30 Mk., Rinder mit Kopf 10,00—10,10 (7,05—9,10) Mk., ohne Kopf 10,10—10,65 (8,05 bis 8,90) Mk., Ochsen mit Kopf 9,25—10,55 (6,05—7,00) Mk., ohne Kopf 10,10—11,00 (7,40—8,00) Mk., Bullen mit Kopf 8,20 bis 9,75 (5,45—8,05) Mk., ohne Kopf 8,50—10,65 (6,60—8,95) Mk., Roßhäute bis 219 Zentimeter 191 Mk., über 220 Zentimeter wurden wegen des geringen Gebots (260 Mk.) von der Versteigerung zurückgezogen.

Zur Lage in der Bergischen Industrie wird von unterrichteter Seite versichert, daß die Arbeitseinstellungen zunehmen, da die Aufträge ausbleiben und die bereits abgeschlossenen zum großen Teile wieder zurückgezogen werden. Eine große Anzahl Fabriken ist vor erhebliche Schwierigkeiten gestellt. In den größeren Betrieben wird vorläufig die Arbeitszeit verkürzt. Die kleineren und mittleren Betriebe ruhen vollständig. Auch in den dem bergischen Gebiete angrenzenden Bezirken tritt eine ähnliche Flauheit ein. Die Beschäftigungslosigkeit wächst in beängstigender Weise.

✱ **Elektrolytkupfer** (Notierung d. Ver. f. d. dt. Elektr. Notiz). 1744 Mark.

Aktiengesellschaften

Portland-Zementfabrik Rudelsburg A.-G. in Bad Kösen. Die Gesellschaft bleibt für das abgelaufene Geschäftsjahr dividendenlos. Durch die sich gewaltig steigernden Arbeitslöhne und durch die Wirkungen des Achtstunden-Arbeitstages wuchsen die Herstellungskosten so, daß ein Gewinn nicht erzielt werden konnte, weil der gewährte Preis zu niedrig war. Die Gesamtherstellung blieb aus den schon erwähnten Gründen hinter der schon geringen Herstellung des Vorjahres zurück. Die gesamte [illegible] läßt einen Ausblick auf das Ergebnis des Jahres 1920 nicht zu. Nach erfolgten Abschreibungen in Höhe von 449,635,26 Mark verbleibt ein Rest von 24 148,35 Mark, der folgendermaßen verwandt wird: zur Erhöhung der gesetzlichen Rücklage 10 000 Mk., zur Erhöhung der Rücklage für Talonsteuer 10 000 Mk., Vortrag auf neue Rechnung 8148,85 Mark, zusammen 28 148,35 Mk.

Ver. Harzer Portlandzement- und Kalkindustrie, A.-G. in Elbingerode im Harz. Die Generalversammlung genehmigte den dividendenlosen Abschluß. Bezüglich der Aussichten wies der Vorsitzende auf den Geschäftsbericht hin, in welchem bereits gesagt sei, daß im laufenden Geschäftsjahre das Unternehmen besser als bisher beschäftigt sei und das Resultat davon abhängen werde, ob es möglich sein würde, die Preise entsprechend den gestiegenen Betriebskosten zu erhöhen. Weiter hänge sehr viel von der Kohlenbelieferung und der Arbeitsfreudigkeit der Leute ab.

Der Steinkohlenbauverein Gottes Segen zu Lugau erbittet nunmehr von den Aktionären die Ermächtigung zur Veräußerung des Gesellschaftsvermögens. Es handelt sich dabei, wie wir bereits früher melden konnten, um den Uebergang der Gesellschaft an den sächsischen Staat.

Die Zuckerfabrik Camburg Akt.-Ges. plant eine Interessengemeinschaft mit der Zuckerfabrik Zeitz.

✱

Abbau der Zwangsviehwirtschaft. Der Zentralviehverband in Dessau leitet den Abbau der Viehzwangswirtschaft in Anhalt als erstem deutschen Staat ein. Vertreter der bayerischen, badischen und württembergischen Regierung haben sich nach Dessau begeben, um die Organisation der Abbauwirtschaft zu studieren.

Die Kriegskreditbank für Anhalt, Akt.-Ges. zu Dessau, beantragt ihre Auflösung.

Berliner Börsenberichte

Börsenstimmungsbild. Die Börse eröffnete in fester Haltung, die sich namentlich durch Steigerung der Montanwerte, Farbaktien, Elektrizitätswerte, Petroleumwerte, sowie auch insbesondere infolge der Besserung der Devisenpreise in Valutapapieren zum Ausdruck brachte. Das Geschäft gewann aber nur vereinzelt eine gewisse Lebhaftigkeit, während im übrigen die seit längerer Zeit beobachtete Zurückhaltung anhielt. Bemerkenswerte Erhöhungen erfuhren Bismarckhütte um 24 Proz., Kattowitzer um 8½ Proz., Rombacher um 9 Proz. Otavi stellte sich vorübergehend um 47 Proz. höher, Schiffahrtsaktien waren vernachlässigt und nachgebend. Späterhin trat eine allgemeine Abschwächung ein, weil wegen der Unsicherheit der innerpolitischen Lage auch die Meldungen über die Ministerkrisen in Rom und in Wien, sowie auch die Gerüchte von Unruhen in Wien verstimmend wirkten. Die Rückgänge hielten sich in mäßigen Grenzen. Die Umsätze schrumpften jedoch noch wesentlich zusammen. Am Anlagemarkt waren Geschäft und Kursbewegung unbedeutend. Oesterreichische und ungarische Papiere waren nahezu umsatzlos.

Produktenbericht. Am Produktenmarkt gewann das Geschäft in Hafer keine größere Ausdehnung. Die Preise änderten sich nicht wesentlich, da seitens des Konsums nur mäßige Nachfrage bestand. Hülsenfrüchte fanden nur bei Nachgiebigkeit der Verkäufer Abnehmer. In Lupinen bestand Nachfrage für feine gelbe Saatqualitäten. Serradella war ruhig. Heu behauptete seinen Preisstand trotz reichlichen Angebots. Im Geschäft mit Stroh beobachteten die Käufer Zurückhaltung. Wetter: schön.

Berliner Metallnotierungen:

Berlin, 11. Juni. Preise für 1000 kg in Mark.

Raffinade-Kupfer	1275/1325	Banca-Straits-Billiton-Zinn	4100/4300
Elektrolytkupfer	—/—	99% Hütten-Zinn	—/—
Orig.-Hütten-Weichblei	475/500	99% Rein-Nickel	3800/4000
Remeltid-Platten-Zink	550/545	Antimon-Regulus	950/1000
Hütten-Rohzink	360/380		
Orig.-Hütten-Alumin.	2550/2600		

Devisen-Notierungen:

Berlin, 11. Juni.

	Geld	Brief		Geld	Brief
Amsterd.-Rotterd.	1423,60	1426,40	New-York	39,07½	39,17½
Brüssel-Antwerp.	1317,15	1317,95	Paris	297,20	297,80
Christiania	684,30	685,70	Schweiz	709,30	710,70
Kopenhagen	659,35	660,65	Spanien	634,35	635,65
Stockholm	854,10	855,90	Wien (altes)	19,73	19,77
Helsingfors	164,80	165,20	Oesterreich abgest.	27,97	28,03
Italien	219,75	220,25	Prag	87,65	87,85
London	154,55	154,95	Budapest	22,22	22,28

Im freien Verkehr wurden nicht amtlich ermittelt:

Deutsche Werte	
4½% Deutsche Schatzscheine VI—IX	75,25
5% Deutsche Reichsanl.	79,75
4 " "	74,10
3½ " "	66,70
3 " "	65,90
4 Preuss. Konsols	74,40
3½ " "	63,20
3 " "	58,75
4 Charl. Stadtanl. 89/99	—,—
4 Magdeb Stadtanl. 91/06	96,—
4% n. Sächs. landschaftliche Pfandbriefe	—,—
4 Preuss. Centr.-Bod.-Pfandbriefe	100,20
4 Preuss. Hypot.-Bank-Pfandbriefe 1911	—,—
4½ Dessauer Gas-Oblig.	103,—
4 " "	97,—
Ausländ. Werte	
4 Oesterr. Kron.-Rente	26,10
4 Ungar. Gold-Rente	61,—
4 Ungar. Kronen-Rente	29,75
Eisenbahn-Aktien:	
Halberstadt-Blankenb.	—,—
Halle-Hettstedter	67,—
Schantungbahn	629,50
Allg. Lokal-Str	114,50
Gr. Berl. Str.	136,—
Magdeburger Str.-B.	150,—
Lux. Prinz Heinrich.-B.	—,—
Orientbahn	—,—
Schiffahrts-Akt.:	
Hambg. Paketfahrt	182,—
Hambg.-Südamerika	—,—
Hansa-Dampfschiff	306,—
Nordd. Lloyd	175,75
Banken:	
Bank für Thür.	154,—
Berl. Handelsges.	190,—
Comm u. Diskontobank	164,—
Darmstädter Bank	154,75
Dess. Landesbank	125,75
Deutsche Bank	289,—
Diskonto-Comm.	203,75
Dresdner Bank	175,—
Credit-Anst. Leipzig	169,—
Mitteld. Kredit ank	168,—
" Privat-Bank	167,—
Nationalbank	142,—
Oesterr. Kredit	99⅝
Reichsbank	150,—
Industrie-Aktien:	
Schultheiss-Brauerei	254,—
Akt. f. Anilin	334,50
Allgem. Elektr.-Ges.	288,—
Ammendorfer Papierf.	521,—
Anhalter Kohlenw.	219,50
Annaberger Steingut	325,—
Badische Anilin	444,—
Bergmann-Elekt.-Akt.	220,25
Berl. Masch.-Bau	228,—
Bismarckhütte	414,—
Bochumer Gußstahl	—,—
Chem. Fabrik Buckau	290,—
Chem. Griesheim	287,—
Chem. v. Heyden	301,—
Consolidation Schalke	570,—
Cröllwitzer Papierfabr.	—,—
Daimler-Motoren	214,75
Deutsch-Luxemburg	275,—

Deutsche Uebersee-El.	785,—
Deutsche Erdöl	775,—
Deutsche Gasglühl.	5000,
Deutsche Kali	415,—
Deutsche Waff. u. Mun.	349,—
Donnersmarkhütte	290,50
Döring u. Lehrmann	138,—
Dürkoppwerke	425,—
Elberfelder Farben	372,—
Engelhard Brauerei	—,—
Felten u. Guilleaume	400,—
Gasmotoren Deutz	179,50
Gebhardt u. Co.	—,—
Gebhardt u. König	219,—
Gelsenkirch. Bergb.	299,—
Glauziger Zuckerfbr.	440,—
Hallesche Masch.-Fabr.	450,—
Hann. Masch.	345,—
Harpener Berg	270,—
Hasper Eisen	540,—
Hirsch Kupfer	250,—
Höchster Farbw.	345,50
Hoesch Eisen u. Stahl	318,—
Hohenlohe-Werke	165,—
Humboldt-Masch.	167,—
Ilse-Bergbau	329,—
Kahla-Porzellan	393,—
Kaliw. Aschersleben	370,—
Körbisd. Zucker-Akt.	371,—
Kyffhäuserhütte	177,—
Lahmeyer u. Co.	170,—
Lauchhammer	259,50
Laurahütte	201,—
Lingel. Erfurt	—,—
Linke u Hofmann	321,75
Ludwig Loewe u. Co.	—,—
Lothringer Hütte	236,—
Mannesmannröhren	328,50
Maschinenfabr. Buckau	254,—
Oberschl. Eisenb.-Bed.	186,—
do. Caro Heg.	236,—
do. Kokswerke	436,—
Orenstein u Koppel	250,—
Phönix-Bergb.	392,—
Rhein. Metall-Vorz.	254,50
Rhein. Stahlwaren	299,—
Riebeck. Montan	281,—
Rombacher Hütten	252,—
Rositzer Braunk.	322,—
Rositzer Zucker	196,—
Sangerhäuser Masch.	420,—
Hugo Schneider u. Co.	285,—
Schuckert u. Co.	178,—
Siemens u. Halske	283,—
Stettiner Chamotte	285,—
Stettiner Vulkan	216,75
Stollberger Zinkh.	250,25
Strals. Spielkarten	324,—
„Terra“, Samen-A.-G.	—,—
Thale-Eisenhütte	367,—
Triptis-Akt.-Ges.	210,—
Türkische Tabakregie	750,—
Ver. Köln-Rottweiler	276,—
Glanzstoff Elberf.	871,—
Wegelin u. Hübner	166,—
Wersch.-Weissenf. Brk.	210,—
Westeregeln-Alkali	636,—
Wittener Gußstahl	352,—
Wrede-Mälzerei	138,25
Zeitzer Masch.	431,—
Zellstoff Waldhof	279,—
Otavi-Minen	718,—

Tendenz: abgeschwächt.

Provinz Sachsen

t. **Gräfenhainichen,** 11. Juni. (Grubenarbeiterstreik.) Wegen Lohnforderungen, die von der Direktion abgeschlagen wurden, legten heute nachmittag 3 Uhr die Grubenarbeiter des Reichskohlenwerkes Golpa die Arbeit nieder. Falls die Arbeit bis morgen nicht wieder aufgenommen wird, ist auch die Versorgung des Elektrizitätswerkes Zschornewitz, die Berlin mit Licht speist, in Frage gestellt. Zurzeit finden Verhandlungen zwischen der Direktion und den Arbeitern statt, die eine Förderprämie verlangen.

1zk. **Greußen,** 11. Juni. (Gemeingefährlicher Schwindler.) Es gelang, hier einen ganz raffinierten Schwindler, der sich in Greußen seßhaft gemacht und das Haus des von hier verzogenen Kaufmanns E. Bergmann käuflich erworben hatte, zu entlarven und festzunehmen. Der geriebene Gauner hatte unter der Firma F. A. Behrendt mit einem Bäckergesellen, der seinen Namen ändern mußte und als „Lagerhalter“ eintrat, eine Holz- und Futtermittelhandlung eröffnet, wobei er namentlich der auswärtigen Geschäftswelt einen in die Hunderttausende gehenden Schaden zufügte. Einer Firma in Döbeln in Sachsen verkaufte er unter der Firma Horst Rüger mehrere Waggons Hafer im Werte von 375 000 M., wobei er mit gefälschten Frachtbriefduplikaten operierte. Infolge eines Inserates mit der Unterschrift F. A. Behrendt, das ähnliche Manipulationen aufwies wie dasjenige, durch das er betrogen war, wurde der geschädigte Döbelner Geschäftsmann aufmerksam und benachrichtigte den dortigen Kriminalkommissar, der die Verhaftung des Schwindlers hier bewirken lassen konnte. Auch mehrere hiesige Geschäftsleute befinden sich unter den Geschädigten.

n. **Köthen,** 11. Juni. (Der Reichsverband der Beamten und Angestellten) der öffentlichen Arbeitsnachweise, Berufsberatungs- und Wohlfahrtsämter und ähnlicher sozialer Einrichtungen, Landesgruppe Sachsen-Anhalt, hielt gestern hier seine dritte Hauptversammlung ab, die aus allen Orten des Vereinsgebiets sehr zahlreich besucht war. Direktor Lüttgens vom Landesarbeitsamt in Magdeburg erteilte nach Begrüßungsworten Dr. Giese vom Psychotechnischen Institut in Halle das Wort zu seinem Vortrage über „Psychotechnik in der Berufsberatung“. An diesen Vortrag schloß sich unmittelbar die im „Tivoli“ abgehaltene Hauptversammlung. Nach Erstattung des Kassenberichts und Entlastung des Vorstandes wurden hauptsächlich Organisationsfragen behandelt. Die vom Reichsverband aufgestellten Satzungen wurden bekannt gegeben. Beschlossen wurde der Anschluß der Landesgruppe der Fachorganisation an den Zentralverband der Gemeindebeamten und Angestellten Deutschlands. Dem Reichsamt für Arbeitsvermittlung sollen seitens des Reichsverbandes Richtlinien für die Einreihung der Beamten und Angestellten übermittelt werden, da die im Arbeitsnachweiswesen beschäftigten Personen bisher nicht die genügende Berücksichtigung gefunden haben. Weiter wurde bekannt gegeben, daß sich der Reichsverband der Arbeitsnachweisbeamten in zehn Unterverbänden mit über 1500 Mitgliedern bereits über das ganze Reich erstreckt.

tzk. **Gotha,** 11. Juni. (5 Millionen Mark Tumultschäden.) Die beim Stadtrat angemeldeten, durch die Märzunruhen angerichteten Schäden in hiesiger Stadt belaufen sich auf rund 5 Millionen Mark. Der auf der Fliegerwerft angerichtete Schaden ist nicht inbegriffen. — Einer Streife der Sicherheitspolizei gelang es, oberhalb Mehlis ein vergrabenes liegendes Heeresgut- und Munitionslager auszuheben. Die Sachen stammen von den Märzunruhen her.

tzk. **Hildburghausen,** 11. Juni. (Viehseuche.) Im Kreisausschuß erstattete Landrat Dr. Thein eingehenden Bericht über die unserem Kreise drohende Viehseuchengefahr von der bayerischen Grenze aus. Die sich rasch ausbreitende Seuche und ihre Gefährlichkeit für unseren wertvollen Viehbestand hat es nötig gemacht, daß die ganze Grenze des Kreises in südlicher und südöstlicher Richtung gesperrt werden mußte. In dem bayerischen Orte Ebershausen sind der Seuche allein 130 Stück Vieh zum Opfer gefallen, was einen Schaden von etwa 300 000 Mark bedeutet. Eine große Gefahr für die Ausbreitung der Seuche wird auch in dem Hamstererverkehr erblickt, wenn auch behördlicherseits betont wurde, daß das Hamsterunwesen in letzter Zeit stark nachgelassen habe. Auch dem wandernden Zigeunervolk soll in Zukunft mehr Aufmerksamkeit zugewendet werden. Ferner hat der Landrat bei der Eisenbahndirektion in Erfurt beantragt, den Heldburger Zugverkehr gänzlich einzustellen. Die gewissenlosen Menschen, die kürzlich Häute von gefallenem Vieh von Ebershausen nach Themar verhandelt haben, sind dem Staatsanwalt angezeigt worden. Bei dieser Gelegenheit wurde die Aufhebung der Fleischzwangswirtschaft allgemein gewünscht.

Kirchliche Nachrichten.

2. Sonntag nach Trinitatis, 13. Juni. (Sammlung für Stadtmission Halle).

Abkürzungen: Abendmahl = (A), Kindergottesdienst = (K), Bibelstunde = (B).

U. L. Frauen 8 (A) Bauke, 10 Knoblauch, 11¾ (K) Kirch Fritze, 11¾ (K) Reformgymn. Knoblauch, 11¾ Klinik Knoblauch, 10 für Taubstumme Jägerplatz (Anstalt). Donnerst. 17., abends 8½ Wochenand. Sophienstr. 6 Kopp.

Ulrich: 8 Thiede, 10 Hofpred. David-Halberstadt.

Ulrich-Ost: 10 Betsaal Krondorferstr. 6, Thiede.

Moritz: 8 (A) Keller, 10 Voigt, 11½ (K) Voigt. — Hospital: 10 Keller.

Domkirche (ref. Gem.): 10 Baumann, 11¾ (K) Baumann, 6 Lang; 8¼ akad. Gottesd. Loofs. — Jug.-V. Sonnt. 7½, Mittw. 8, — Jungfr.-V., ält. Abt. Dienst. 8, jüng. Abt. Mont. 8, Dienst. 8 (B), — Donnerst. 8 Kirchenchor

Laurentius: 8 Meinhof, 10 Wagner, 11½ (K) Wagner, Dienstag 8 (B) Gem.-Hs. Wagner

Stephanus: 8 Förster, 10 Gutschmidt, 11½ (K); Donnerst. Zeitandacht Gem.-Hs., Albrechtstr. 27, Meinhof. Freit. 8 Mütterabend Albrechtstr. 27, Frau Hagemeyer.

Diakonissenhaus: 10 Knak

Paulus: 8 v. Broecker, 10 (A) Bach, 11½ (K) Teege, 2 (K) v. Broecker. — Mittw. 8 Gemeinschaftsst. Wallis.

St. Georgen: 8 Hellmann, 10 Körner; Mittw. 8 (B) Witte.

Riebeck-Stift: 10 Witte. — Blindenanstalt: 10 Hellmann.

Johannes: 8 Butz, 10 Tischer, 11½ (K) Tischer, 12¾ (K) Butz, 2 (K) Faßmer.

Stadtmission: abends 8¼ Missionsversammlung Haußleiter, 4½ Waldgottesdienst. Dienstag: 8¼ Gemeinsch.-Std.

Giebichenstein. St. Bartholomäus: 8 Molkenteller, 10 Gen.-Sup. Schöttler (Ordination d. Vik. Wind). Freit. 8 Blaukr.-Vers.

Petrus: 10 Molkenteller.

Trotha: 10 Bode. Donnerst. 8 (B) Jenrich.

Christliche Gemeinschaft (i. d. Landeskirche) Margaretenstr. 11½ Kinderstunde; 8¼ Evangelisation; Donnerstag 8¼ Bibelstunde.

Evangel.-luth. Gemeinde (Weidenplan 4): 10 Uhr Predigt P. Wottrich. 2½ Christenlehre.

Diemitz: 9½ Petzold, 10¾ (K) Ders.

Passendorf: Spätgottesdienst 10½ Uhr.

Dölau: 11 Uhr Gottesdienst; Hilfspred. Reinert.

Lettin: 8½ Uhr Gottesdienst; Hilfspred. Reinert.

Hauptschriftleiter Helmut Böttcher.
Verantwortlich für Politik: Helmut Böttcher; für politische Nachrichten, Volkswirtschaft und Sport: Hans Helling; für den gesamten übrigen redaktionellen Teil: Erich Gellheim. Anzeigenteil: Paul Kersten; sämtlich in Halle a. S. Otto Thiele, Buch- und Kunstdruckerei, Verlag der Halleschen Zeitung, Halle a. S.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192006121-10/fragment/page=0004